



Ingelheim
am Rhein

Stadtverwaltung Ingelheim

Datenschutzinformationen gemäß Art. 13 der Datenschutz- Grundverordnung (DSGVO) im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach dem Baugesetzbuch (BauGB)

1 Bezeichnung der Verwaltungstätigkeit

Es werden Daten von Ihnen im Zuge der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 BauGB im Rahmen der Aufstellung von Bauleitplänen (Bauleitplanverfahren) verarbeitet.

2 Kontaktdaten des Verantwortlichen für die Datenerhebung

Stadt Ingelheim am Rhein
vertreten durch den Oberbürgermeister Herrn Ralf Claus.

Anschrift: Fridtjof-Nansen-Platz 1, 55218 Ingelheim am Rhein

Telefon: +49 (0) 6132/782-0

E-Mail-Adresse: stadtverwaltung@ingelheim.de

Internet-Adresse: <http://www.ingelheim.de>

3 Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten

Dienststelle: Rechnungsprüfungsamt der Stadt Ingelheim am Rhein

Name: Herr Thomas Pies

Anschrift: Fridtjof-Nansen-Platz 1, 55218 Ingelheim am Rhein

Telefon: +49 (0) 6132/782-135

E-Mail-Adresse: thomas.pies@ingelheim.de

4 Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

4.1 Zwecke der Verarbeitung

Ihre Daten werden im Rahmen der Bauleitplanverfahren insbesondere zur Wahrnehmung der Pflicht der Stadt, in Ausübung der kommunalen Planungshoheit eine geordnete städtebauliche Entwicklung zu sichern, erhoben. Im Zuge der Bauleitplanverfahren sind das Planungserfordernis sowie die Auswirkungen der Planung zu ermitteln und die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen. Dazu werden unter anderem personenbezogener Daten erhoben. Die Erhebung personenbezogener Daten erfolgt insbesondere durch eingehende Stellungnahmen der Öffentlichkeit.

Da die abschließende Beschlussfassung über den Umgang mit den Stellungnahmen (Abwägungsentscheidung) durch den Stadtrat zu erfolgen hat, werden die personenbezogenen Daten, welche für den Abwägungsprozess relevant sind, den kommunalpolitischen Gremien (siehe Punkt 5, erster Spiegelstrich) nach den Vorgaben der Gemeindeordnung des Landes Rheinland-Pfalz (GemO) sowie der Hauptsatzung der Stadt Ingelheim am Rhein und der Geschäftsordnung des Stadtrats der Stadt Ingelheim am Rhein vorgelegt. Die in den Stellungnahmen der Öffentlichkeit enthaltenen personenbezogenen Daten werden im Rahmen der Veröffentlichung von Beschlussunterlagen geschwärzt oder pseudonymisiert. Die Verarbeitung von Adressdaten ist erforderlich, um der Pflicht zur Mitteilung des Abwägungsergebnisses nachzukommen. Die Gewährleistung des Rechtsschutzes im Rahmen einer gerichtlichen Prüfung erfordert die dauerhafte Speicherung personenbezogener Daten.

4.2 Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Ihre Daten werden auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO i.V.m. § 3 des Landesdatenschutzgesetzes (LDSG) verarbeitet.

5 Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden gegebenenfalls weitergegeben an:

- die Mitglieder des Stadtrats, der Ausschüsse des Stadtrats und der Ortsbeiräte im Rahmen der Bauleitplanung,
- die höhere Verwaltungsbehörde nach BauGB zur Prüfung des Bauleitplans auf Rechtsmängel,
- den Mitgliedern des Stadtrechtsausschusses im Rahmen der Entscheidung über Widersprüche gegen Verwaltungsakte der Stadt (inzidente Prüfung des Bauleitplans),
- die zuständigen Gerichte zur Überprüfung der Wirksamkeit von Bauleitplänen,
- Dritte, denen zur Beschleunigung die Vorbereitung und Durchführung von Verfahrensschritten übertragen wurde (gemäß § 4 b BauGB).

6 Dauer der Speicherung

Ihre Daten werden nach der Erhebung bei der Stadt Ingelheim am Rhein so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Auch nach Ablauf der Fristen für eine gerichtliche Überprüfung (z.B. Normenkontrollklage) kann z.B. im Rahmen eines bauordnungsrechtlichen Verfahrens die Bauleitplanung einer inzidenten Prüfung unterzogen werden. Eine dauerhafte Speicherung der von Ihnen zur Verfügung gestellten Daten in der betreffenden Verfahrensakte ist deshalb erforderlich.

7 Betroffenenrechte

Nach DSGVO stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung der personenbezogenen Daten verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

8 Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Wenn Sie sich an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz wenden möchten, können Sie ihn wie folgt kontaktieren:

Postanschrift:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Postfach 30 40
55020 Mainz

Besucheradresse:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Hintere Bleiche 34
55116 Mainz

Telefon:

+49 (0) 6131/208-2449

Telefax:

+49 (0) 6131/208-2497

E-Mail-Adresse:

poststelle@datenschutz.rlp.de

Weitere Informationen können Sie dem offiziellen Internetauftritt des Landesbeauftragten unter <http://www.datenschutz.rlp.de> entnehmen.